

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 73 (1995)
Heft: 4

Buchbesprechung: Bücherwelt

Autor: Kästli, Tobias

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bringolf-Biographie: Vom Kommunisten zum demokratischen Sozialisten

Walter Wolf: Walther Bringolf. Eine Biografie. Sozialist, Patriot, Patriarch. Verlag am Platz, Schaffhausen 1995, 448 Seiten, Fr. 58.–.

Walther Bringolf wäre gerne Bundesrat geworden. 1959 war er offizieller Kandidat der SPS, wurde aber nicht gewählt. Das war eine Niederlage, die er nie so ganz verwand. Trotzdem konnte er am Ende seines Lebens auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken. Er hatte die Politik zu seinem Beruf gemacht und so vieles bewirkt, wie es sonst vielleicht nur führenden Unternehmerpersönlichkeiten möglich ist. 1895 war er in Basel geboren worden und dann in seiner Heimatstadt Schaffhausen aufgewachsen. Er entstammte bescheidenen Verhältnissen, war sehr intelligent und schaffte den Sprung an die Kantonsschule. Er brach aber seine gymnasiale Ausbildung vorzeitig ab und machte eine Maurerlehre. Später besuchte er für kurze Zeit das Technikum Winterthur, hörte auch ein paar Vorlesungen an der Universität Zürich und führte im übrigen ein Bohèmeleben. Dann entdeckte er die Politik, trat in die SP ein und nahm ab 1920 seine politische Karriere planmässigen in Angriff. Dank seiner rhetorischen Begabung hatte er in der SP Schaffhausen bald ein gewisses Gewicht, und Ernst Nobs, Volksrechtredaktor in Zürich und Anführer des linken SP-Flügels, nahm ihn unter seine Fittiche. Bringolf plädierte wie sein Mentor für den Beitritt der SPS zur Kommunistischen Internationale, und es war nicht zuletzt seinem Einfluss zuzuschreiben, dass die Schaffhauser SP diesen Schritt wagte und geschlossen bei der neue gegründeten KPS mitmachte.

Kampf für Arbeiterschutz

Als junger Kommunist und AZ-Redaktor war Bringolf auf gewisse Dogmen fixiert. Aber bald merkte er, dass es nicht genügte, die «richtige» Parteilinie zu verkünden, dass er nur dann politisch erfolgreich wirken konnte, wenn er ganz konkrete Anliegen anpackte und hartnäckig verfolgte. Er kümmerte sich um die Sorgen der Arbeiterschaft, brachte ihre Anliegen in der Arbeiterzeitung zur Sprache und betätigte sich als Streikführer. Als er 1925 nacheinander ins Kantons- und ins Stadtparlament, dann auch noch in den Nationalrat gewählt wurde, begann er sofort eifrig Vorstösse zu schreiben, und nicht selten war er erfolgreich. Seinen wichtigsten Erfolg erzielte er 1931, nachdem er in der AZ einen Artikel über die «Sandlunge» geschrieben hatte. 1925 war nämlich in Georg Fischer AG im Gussputz die Technik des Sandstrahlens eingeführt worden, und bei denjenigen, die diese Arbeit verrichteten, war sehr bald eine meist tödlich endende Silikose aufgetreten. Zusammen mit dem Chefarzt der medizinischen Abteilung am Schaffhauser Kantonsspital nahm Bringolf den Kampf gegen diese Krankheit auf. Er forderte besseren Schutz der Arbeiter und finanzielle Entschädigung für die Erkrankten. Mit einer Interpellation im Grossen Rat und einer Motion im Nationalrat erreichte er, dass sich die Suva der Sache annahm, und bereits 1932 konnte das Schaffhauser Kantonsspital melden, es seien keine neuen Fälle von Sandstrahler-Silikose aufgetreten.

Von der KP zurück zur SP

Der Einsatz für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen war für sich genommen

natürlich noch keine revolutionäre Politik. Im Gegenteil: War dieser Einsatz von Erfolg gekrönt, vermochte er vielleicht sogar das Bewusstsein des klassenbewussten Arbeiters in reformistische Richtung zu lenken und ihn zur Auffassung zu führen, auch im Rahmen des Kapitalismus seien substantielle Verbesserungen möglich. Linientreue Kommunisten fanden, Bringolfs praktische Politik liege zu sehr auf SP-Linie. Dies tat aber seiner Popularität keinen Abbruch, sondern steigerte sie noch. 1932 wurde er – und das war für schweizerische Verhältnisse eine Sensation – als Kommunist zum Stadtpräsidenten von Schaffhausen gewählt.

Seit 1933 sollte auf Druck der Komintern die schweizerische KP auf stramm stalinistischen Kurs gebracht werden. Die Schaffhauser Genossen machten nicht mit und gründeten die KP Opposition, die sich 1935 wiederum fast geschlossen der SPS anschloss. Noch lange aber fuhren die Schaffhauser Sozialdemokraten insofern ein Sonderzüglein, als sie sich Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) nannten.

Bringolf schloss sich im Nationalrat der SP-Fraktion an und politisierte fast nahtlos weiter. Er stand ein für eine Politik des Widerstands gegen Faschismus und Nationalsozialismus. Während des Zweiten Weltkriegs stützte er die Armee und die offizielle Flüchtlingspolitik, was ihn allerdings nicht daran hinderte, sich persönlich für die Einreise von kommunistischen und jüdischen Flüchtlingen oder für deren Verbleiben in der Schweiz zu engagieren. Durch seine private Flüchtlingshilfe schuf er sich viele Freunde, die nach Kriegsende sein internationales Renommee stützten und ihm zu einem klingenden Namen in der Sozialistischen Internationale verhalfen. Im Ausland galt Bringolf als einer der bestangesehenen und bekanntesten Politiker der Schweiz.

«Neue Schweiz»

1939 veröffentlichte Bringolf seine «Perspektiven der sozialistischen Bewegung in

der Schweiz»; darin prophezeite er: «Die nächste Etappe der Wirtschaftsgeschichte Europas wird durch den Staatskapitalismus gekennzeichnet sein – eine Wirtschaftsorganisation, deren entscheidende Sektoren entweder verstaatlicht oder aber vom Staat massgebend beeinflusst sind.» Aus den Zuständen in der Sowjetunion hatte er gelernt, dass die Kumulation von politischer und wirtschaftlicher Macht beim Staat unter Umständen die Freiheit des einzelnen bedrohen konnte, und deshalb betonte er, der Sozialismus werde nur dann nicht zur Diktatur, wenn die Demokratie gut verankert sei, wobei er mit Demokratie durchaus die Institutionen der bürgerlichen Demokratie meinte.

Ende 1942 publizierte die SPS ihr Arbeitsprogramm «Neue Schweiz», das eine Wirtschaftsordnung für die Nachkriegszeit skizzierte: Teile der Wirtschaft sollten verstaatlicht und andere vergenossenschaftlicht werden. Bringolf verstand dieses Programm als Plattform für die künftige Einheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Aber bald musste er einsehen, dass die Wiedervereinigung nicht möglich war. Die Kommunisten konstituierten sich neu als Partei der Arbeit und sträubten sich dagegen, von der SPS einfach aufgesogen zu werden. In der Nachkriegszeit, vor allem seit 1948, dem Jahr der Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei, wurde die Kluft zwischen PdA und SPS rasch unüberwindlich. Das Arbeitsprogramm «Neue Schweiz» wurde ad acta gelegt. Bringolf bekannte, er habe früher gemeint, das politische Ziel der Kommunisten und Sozialdemokraten sei das gleiche, nur der Weg sei ein anderer; jetzt sehe er, dass sich die beiden Parteien auch in den Zielen unterschieden, indem es für die Sozialdemokraten nicht nur um Gerechtigkeit, sondern vor allem auch um Freiheit gehe. Es ist belegbar, dass Bringolf bei Kriegsende von den neoliberalen Thesen des in Genf lehrenden deutschen Ökonomeprofessors Wilhelm Röpke beeinflusst war.

Regierungspartei oder Opposition?

Nochmals zurück zur Kriegszeit: 1943 steuerte die SPS-Geschäftsleitung unter Bringolfs Einfluss einen pointierten Linkskurs. Es war das Jahr nach dem Sieg der Roten Armee bei Stalingrad. Die Niederlage des Faschismus in Europa war absehbar, und das Bürgertum in der Schweiz hielt es für opportun, sich mit der Linken zu arrangieren. Der Weg stand offen für die Wahl eines Sozialdemokraten in den Bundesrat. Bringolf war dagegen, weil er glaubte, die vereinigte Linken werde bald die absolute Mehrheit im Nationalrat gewinnen, und da sei es unklug, schon jetzt einen sozialdemokratischen Alibibundesrat zu stellen. Der Parteivorstand und die SP-Fraktion wollten sich aber die Chance, einen Zipfel der Macht im Bundesstaat zu ergattern, nicht entgehen lassen. Ernst Nobs wurde als Bundesratskandidat vorgeschlagen und Ende 1943 als erster Sozialdemokrat in den Bundesrat gewählt. Er war eidgenössischer Finanzminister bis 1951; sein Nachfolger war Max Weber.

1952 trat Hans Oprecht als Parteipräsident zurück und Bringolf übernahm dessen Funktion. Er war inzwischen vom linken Flügel ins Zentrum, in manchen Fragen sogar weit nach rechts gerutscht. Nun musste er sich als Krisenmanager an der Parteispitze bewähren. Im Dezember 1953 verwarf nämlich das Stimmvolk die von SP-Bundesrat Max Weber ausgearbeitete Vorlage zur Bundesfinanzreform, worauf Weber sein Amt sofort niederlegte. Bringolf war ungehalten, denn dieser Rücktritt bedeutete, dass die SPS wieder in die Opposition musste. Als gewiefter Parteitaktiker nahm er aber die Stimmung an der Basis auf, machte aus der Not eine Tugend und lancierte die Formel vom «Jungbrunnen der Opposition». Wie und auf welchem Gebiet sollte sie sich die SPS als Oppositionspartei profilieren? Sie blieb beim Thema Bundesfinanzen, verlangte eine stärkere Besteuerung der Reichen, und ergriff das Referendum gegen die neue Finanzvorlage, die

ihren Vorstellungen nicht entsprach. Im Alleingang konnte sie aber den Referendumskampf nicht gewinnen; sie erwies sich als zahnlose Opposition.

Abrüstung oder atomare Aufrüstung?

Bis zum Zweiten Weltkrieg hatte sich die SPS durch ihren Antimilitarismus deutlich von den bürgerlichen Parteien abgehoben. Während des Krieges hatte sie sich für eine starke Armee engagiert. Sollte sie sich nach Kriegsende wieder für Abrüstung einsetzen? In dieser Frage war die Partei gespalten. Es gab diejenigen, die angesichts der kommunistischen Gefahr weiterhin eine starke Armee wollten, und andererseits diejenigen, die an der Utopie einer friedlichen Welt festhielten und für eine radikale Abrüstungspolitik plädierten. 1954 verlangte die nach ihrem Initianten benannte Chevallier-Initiative eine Halbierung der Militärausgaben; die freiwerdenden Mittel sollten für soziale, pädagogische und humanitäre Zwecke verwendet werden. Das Volksbegehren wurde von den eidgenössischen Räten als ungültig erklärt, und zwar – genau gleich wie 1995 bei der SPS-Halbierungsinitiative! – mit der Begründung, es verstosse gegen das Gebot der Einheit der Materie. Eine zweite Chevallier-Initiative wurde 1956, nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes durch russische Panzer, von den Initianten selbst zurückgezogen.

Bringolf hatte sich gegen beide Initiativen ausgesprochen. Er sprach sich in den sechziger Jahren auch gegen zwei Atomverbotsinitiativen aus. Er hielt es für falsch, als ein Teil der Parteibasis sich gegen die Bewaffnung der Schweizer Armee mit Atomwaffen engagierte. Die Atomwaffenfrage wurde zu einer eigentlichen Zerreißprobe für die SPS. Bringolf, der selbst zur Zuspitzung beigetragen hatte, brachte es dann durch geschicktes Taktieren doch noch fertig, das Thema zu entschärfen. Vollends vom Tisch war es aber erst, als die Schweiz 1969 dem Atomsperrvertrag beitrug.

Mit der Zauberformel in den Bundesrat

Sechs karge Jahre lang, von Ende 1953 bis 1959, hielt die SPS in der Oppositionsrolle aus. Ohne es der Parteibasis gegenüber allzu offen zu zeigen, bemühte sich Bringolf beständig, seine Partei wieder in den Club der Bundesratsparteien aufnehmen zu lassen. Dabei war es für ihn klar, dass sich die SPS, anders als 1944 bis 1953, nicht mehr mit einem einzigen SP-Vertreter im Bundesrat zufrieden geben dürfe. Die Aussichten für eine Wahl von zwei Sozialdemokraten wurden in dem Moment realistisch, als die Katholisch-Konservativen die freisinnige Vorherrschaft brechen wollten und die bis heute gültige «Zauberformel» – 2 Freisinnige, 2 Konservative, 2 Sozialdemokraten und 1 BGB – propagierten. Am Parteitag von 1959 in Winterthur beseitigte die SPS die letzten Hindernisse für ihre erneute Regierungsfähigkeit, indem sie das alte Parteiprogramm von 1935 revidierte und auf jegliche klassenkämpferische Rhetorik verzichtete. In den Nationalratswahlen vom Oktober 1959 verlor sie zwar zwei Mandate, konnte sich aber als stärkste Partei behaupten.

Für die Bundesratswahlen vom Dezember hatte Bringolf den Boden sorgfältig vorbereitet. Allseits schien es selbstverständlich, dass zwei Sozialdemokraten gewählt würden und der eine Bringolf heissen würde. Doch kurz vor dem Wahltag am 17. Dezember 1959 zeigten sich plötzlich Schwierigkeiten. Bringolf sei mit seinen 65 Jahren zu alt, hiess es in gewissen bürgerlichen Kreisen, und als ehemaliger Kommunist sei er ein Unsicherheitsfaktor. Dieses Argument war an den Haaren herbeigezogen, denn seit 1935 war Bringolf SP-Mitglied, und spätestens seit 1948 stramm antikommunistisch. In Wirklichkeit ging es wohl darum, dass Bringolf ein Politiker von überragendem Format war, dem man nicht unbedingt zutraute, dass er sich ins Kollegialsystem einfügen würde. Mit seiner oft scharfzüngigen Ausdrucksweise hatte er nicht nur bürgerliche Politiker, sondern auch Kollegen in den eigenen Reihen verletzt, so dass es nicht

allzu verwunderlich war, dass er im zweiten Wahlgang auch von SP-Leuten im Stich gelassen wurde; gewählt wurde an seiner Stelle Hans Peter Tschudi.

Biographie und Geschichte der SPS

Diese Vorgänge und viele andere mehr sind nachzulesen in der soeben erschienenen umfassenden Bringolf-Biographie. Sie bringt nicht nur wichtige Ergänzungen, sondern in manchen Punkten auch Korrekturen zu den Angaben, die Bringolf selbst in seiner 1965 erschienenen Autobiographie «Mein Leben» machte. Der Autor des kritischen biographischen Werks, der Schaffhauser Historiker Walter Wolf, trat schon in den sechziger Jahren mit dem wichtigen Buch zum «Faschismus in der Schweiz» hervor, betätigte sich dann aber vorwiegend als Journalist. Seit 1990 ordnete er den Nachlass des 1981 verstorbenen Bringolf schaute alles gewissenhaft durch und förderte Fakten zu Tage, die bisher nicht bekannt gewesen waren, etwa den geheimen Beratervertrag, den Bringolf mit dem Waffenfabrikanten Dieter Bührlé schloss.

Wolf hat Bringolfs Privatleben weitgehend beiseite gelassen – es scheint auch kaum dokumentiert zu sein –, seine politischen Aktivitäten aber möglichst vollständig zu erfassen versucht. Er schildert Bringolf als Schaffhauser Lokalpolitiker, als Nationalrat, als Kulturpolitiker, als Militärpolitiker, als Parteipräsident und als Internationalist. Der Text ist zwar immer auf Bringolf zentriert, bekommt aber über weite Strecken den Charakter einer Geschichte der SPS. Die einzelnen Kapitel sind knapp und präzise gehalten; wer sich nur für den einen oder anderen Aspekt interessiert, kann das Buch ohne weiteres als Nachschlagewerk brauchen. Es lohnt sich aber, das ganze Werk zu lesen. Dabei wird deutlich, dass diese Partei – wie die anderen Parteien übrigens auch – letztlich vom Machtwillen ihrer Parlamentarier dirigiert wurde, während die an Grundwerten orientierte Haltung der Linksintellektuellen nur marginalen Einfluss hatte.

Tobias Kästli